

II-107 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 583/J  
1980-05-13

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. WIESINGER  
und Genossen  
an den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz  
betreffend Umweltbelastung durch das geplante Braunkohlekraftwerk  
im österreichisch-ungarischen Grenzgebiet

Wie Zeitungsberichten zu entnehmen ist, haben sich Bundeskanzler Dr. Kreisky und der ungarische Ministerpräsident Lazar bei ihrem Treffen in Draßburg auf die Errichtung eines Braunkohlekraftwerkes im österreichisch-ungarischen Grenzgebiet geeinigt.

Nachdem ein solches Kraftwerk erfahrungsgemäß aufgrund der zu erwartenden Emissionen eine schwerwiegende Umweltbelastung in Bezug auf die Luftqualität für die Bevölkerung in den umliegenden Gemeinden darstellt, richten die unterfertigten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz folgende

A n f r a g e :

1. Was werden Sie unternehmen, damit die Umweltbelastung durch das im Südburgenland geplante Braunkohlekraftwerk möglichst gering gehalten werden kann ?
2. Ist Ihnen bekannt, ob im Zuge der Einigung über die Errichtung dieses Kraftwerkes auch die Belange des Umweltschutzes ausreichend Berücksichtigung gefunden haben ?

- 2 -

3. Hat Sie der Bundeskanzler in dieser Angelegenheit kontaktiert ?
4. Wenn ja, was war das Ergebnis dieses Gesprächs ?
5. Ist die Entscheidung über den Standort dieses Kraftwerkes schon getroffen worden ?
6. Wenn ja, wo wird dieses Kraftwerk errichtet ?
7. Wird dieses Kraftwerk mit einer Rauchgasentschwefelungsanlage ausgestattet werden ?
8. Werden Sie, bevor mit dem Bau dieses Projektes begonnen wird, die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung veranlassen, auch wenn derzeit dafür keine gesetzliche Verpflichtung besteht ?
9. Wenn ja, welche Konsequenzen werden Sie aus dem Ergebnis einer solchen Umweltverträglichkeitsprüfung ziehen ?
10. Wenn nein, welche Gründe sprechen gegen die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung bei diesem Projekt ?
11. Haben sich Personen oder Organe gegen die Durchführung einer solchen Umweltverträglichkeitsprüfung ausgesprochen ?
12. Wenn ja, welche ?